76. Jahrgang. Nr. 27 Sonntag, 17. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Weltkirchen-Appell an die Staatsmänner

Der Rest der Völkersolidarität bedroht

Berlin, 16. Jan. Die Präsidenten des „Oekumenischen Rates für praktisches Christentum", in dem die evangelischen Kirchen, die anglikanische Kirche und die orthodoxen Kirchen der ganzen Welt eine gemeinsame Vertretung besitzen, erlassen soeben einen Aufruf zur Weltwirtschaftskrise, in dem es heißt: „Die christlichen Kirchen der Welt verfolgen mit größter Sorge den allgemeinen Niedergang des wirtschaftlichen Lebens. Sie sehen den sich immer mehr verschärfenden Kampf breiter Massen um das tägliche Brot, das Herabsinken ganzer Völker von mühsam erreichter Höhe ihrer Lebenshaltung und

nicht zuletzt die wachsende Hoffnungslosigkeit auch der schaffensfrohesten und tüchtigsten Menschen."

Die ausweglose Verwirrung werde für Ungezählte eine schwere Versuchung zum Unglauben. Die Kirche anerkennt mit tiefem Dank alle Arbeit zur Milderung dieser Not. Sie habe selbst in allen betroffenen Ländern versucht, die Hilfsbereitschaft ihrer Glieder zu wecken. Es sei indessen zu fürchten, daß die langdauernde wirtschaftliche Not die Möglichkeit wirksamer Hilfe gefährde und zerstöre. „Die Kirchen begrüßten alle Ansätze, die zu einer einheitlichen Aktion der großen Wirtschaftsvölker führen können. Sie hätten aber den Eindruck, daß die entscheidenden Beweise einer Einigkeit der Welt noch ausstehen, und sie seien mit den notleidenden Massen von der unausweichlichen Notwendigkeit schnellen Handelns überzeugt."

Der Aufruf stellt weiter fest, daß die Bemühungen, zu umfassenden Lösungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu kommen, durch die mangelnde Sicherheit und Klarheit der politischen Lage zur Unwirksamkeit verurteilt sind. „Aus dieser Erkenntnis

mahnen die Kirchen die Staatsmänner der Welt erneut an die ungeheure Verantwortung,

die angesichts dieser Lage auf ihnen ruht, vor allem auch im Hinblick auf die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen." Die Welt sehne sich nach wirklicher Sicherung des Friedens. „Seit den Tagen des Krieges", heißt es zum Schluß, „war die Gefahr, daß der Rest einer in Jahrhunderten gewachsenen Einigkeit der Völker verlorengehe, nie so groß wie eben jetzt. Die Kirchen rufen daher alle Kreise und insbesondere alle Christen dazu auf, alles für die Bekämpfung dieser Gefahr einzusetzen, einer klaren Erkenntnis der Zusammenhänge in der öffentlichen Meinung der Welt Geltung zu verschaffen und von da aus der Zusammenfassung des Gesamtwillens zur Ueberwindung der Weltkrisis zu dienen."

Der Aufruf trägt die folgenden Unterschriften: Erzbischof Germanos, Metropolit von Thyateira, Präsident der Orthodoxen Sektionen; Lordbischof von Winchester, Präsident der Britischen Sektion; Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, D. Dr. Kapler, Präsident der Europäischen Sektion; D. Dr. Parkes Cadman, Präsident der Amerikanischen Sektion.

Das Abzeichenverbot wird aufgehoben

Vor einer Verordnung Hindenburgs

Berlin, 16. Jan. Voraussichtlich wird noch im Laufe des Sonnabend eine Notverordnung des Reichspräsidenten ergehen, durch die das in der Notverordnung vom 8. Dezember verfügte Verbot des Tragens von Abzeichen, insbesondere politischer Verbände und Organisationen, generell aufgehoben wird. Das Abzeichenverbot hatte zu zahllosen Unstimmigkeiten geführt, und insbesondere war sich die Polizei nie recht im klaren, welche Abzeichen erlaubt und welche verboten seien. Infolgedessen hat der Reichsminister des Innern dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, eine generelle Aufhebung dieses Verbotes zu erlassen. Daneben haben wohl aber auch Vorstellungen des Stahlhelms beim Reichspräsidenten eine Rolle gespielt. Nach Aufhebung des Verbotes werden also die Abzeichen insbesondere des Stahlhelms, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten wieder öffentlich getragen werden können. Das Uniformverbot bleibt allerdings in vollem Umfange aufrechterhalten.

Einheitlicher Wahltag für Preußen, Württemberg und Anhalt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Januar. In Länderkreisen geht das Bestreben dahin, die Termine für die großen Parlamentswahlen des kommenden Frühjahrs nach Möglichkeit zusammenzulegen. Fällig sind Neuwahlen für die Landtage in erster Linie von Preußen, dann aber auch von Württemberg und Anhalt. Es wird nun der Versuch gemacht, den Wahltag für die drei genannten deutschen Länder terminmäßig zu vereinigen. Für diese Terminbestimmung ist die Entscheidung über die Preußenwahl maßgebend, die an sich am 15. Mai fällig wäre. Dieser Termin kommt aber deshalb nicht in Frage, weil am 15. Mai Pfingstsonntag ist und ein ausgesprochener Feiertag nicht zum Wahltermin bestimmt werden soll. Infolgedessen wird als endgültiger Wahltermin wohl der 8. Mai in Frage kommen, und es sind, wie gesagt, Bestrebungen im Gange, die Landtagswahlen auch in Württemberg und Anhalt an diesem Tage stattfinden zu lassen.

Eine Richtigstellung Dr. Fricks

München, 16. Jan. Im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht Dr. Frick unter der Ueberschrift „Um die Reichspräsidentenwahl" eine Erklärung, in der er es als eine Fälschung bezeichnet, daß er in seinen Versammlungsreden in Kempten, Lindau und Wangen der Kandidatur Hindenburgs ein „glattes Nein" entgegengesetzt habe. Er habe sich vielmehr nicht so sehr gegen diese Kandidatur wie gegen die Fortdauer der Zentrumsdiktatur des Reichskanzlers Dr. Brüning gewandt und gesagt,

den Nationalsozialisten fiele es nicht ein, die Hand zu einer Verlängerung dieser Diktatur zu bieten.

Sie würden, wie schon bisher, jede Gelegenheit ergreifen, um dieser Diktatur so rasch als möglich ein Ende zu bereiten. Wenn wider Erwarten der Sturz des Kabinetts Dr. Brüning nicht schon früher erfolgen sollte, so sei der Tag der Reichspräsidentenwahl der äußerste Zeitpunkt, um dem System Dr. Brüning durch Aufstellung einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur die letzte Stütze zu entziehen. Diese Stellungnahme sei für jeden Nationalsozialisten eine glatte Selbstverständlichkeit.

19 deutsche Delegierte für Genf

Berlin, 16. Januar. Nachdem kürzlich Botschafter Nadolny zum Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz für die Zeit, während der der Reichskanzler oder sonstige Kabinettsmitglieder nicht persönlich in Genf anwesend sein werden, und Botschafter Graf Welczeck zu seinem Stellvertreter bestimmt worden sind, sind nunmehr zu Delegierten Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben, Unterstaatssekretär a. D. v. Moellendorff und die Gesandten Göppert und Freiherr von Weizsäcker ernannt worden. Der Delegation werden ferner als militärische Sachverständige Generalleutnant von Blomberg und Generalmajor Schönheinz sowie als Sachverständiger für die Marinefragen Vizeadmiral Freiherr von Freyberg angehören. Generalsekretär der Delegation ist Geheimrat Frohwein vom Auswärtigen Amt. Außerdem wird die Delegation noch eine beschränkte Anzahl von Sachbearbeitern des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums sowie nach Bedarf anderer Ressorts umfassen. Die Zahl der Delegationsmitglieder beläuft sich auf 19.

Zwischenfall im Hafen von Constanza

Budapest, 16. Januar. Wie der „Pester Lloyd" aus Bukarest erfährt, hat die rumänische Hafenbehörde in Constanza durch eine Anzeige Kenntnis davon erhalten, daß der heute früh eingelaufene schwedische Dampfer „Erlan" Kanonen, Waffen und Munition an Bord habe, die für Sowjetrußland bestimmt seien. Das Schiff konnte den Hafen zwar ungehindert verlassen, wurde aber auf offener See von zwei rumänischen Kriegsschiffen angehalten und durchsucht. Die vorgefundenen Kriegsgeräte wurden beschlagnahmt. Der Kapitän des schwedischen Dampfers soll erklärt haben, daß die Munition aus der Skodafabrik in Pilsen stamme und in Hamburg eingeschifft worden sei.

Reich und Reichspräsident

Auch ohne staatliche Anerkennung ist der 18. Januar als Reichsgründungstag stillschweigend zum Feiertag des nationalen Deutschlands geworden. Er hat nun einmal die Heimstatt in den Herzen deutscher Menschen, die dem Geburtstag der Weimarer Verfassung trotz amtlicher Protektion und behördlichen Zwanges versagt blieb. Liebe läßt sich nicht zwingen, in der Republik so wenig wie in der Monarchie. Vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. wird erzählt, daß er mit dem Stock hinter seinen erschreckt flüchtenden Untertanen hergerannt sei und geschrien habe: „Lieben sollt ihr mich, ihr Hundsfötter, nicht fürchten!" Das Gefühl, das der Selbstherrscher nicht kommandieren konnte, bleibt auch dem Zwang des Volksstaates verschlossen. Die Gründe sind einleuchtend: sie liegen gar nicht in der Weimarer Verfassung, sondern in den Umständen, unter denen sie entstanden ist. Ihre Geburt, vom Volke ohne innere Anteilnahme hingenommen, stand unter dem Schatten der Unterzeichnung des Versailler Diktats. Alles, was trübe und schmerzlich ist im heutigen Deutschland, hängt damit zusammen. Mit dem Reichsgründungstag dagegen verbindet sich die Erinnerung an des Reiches Glück und Größe, die aus Bismarcks Werk erwachsen ist, an jene Zeit, in der man seines Deutschtums stolz sein durfte, von der das junge Geschlecht nur vom Hörensagen weiß. Vom Versailles des Jahres 1919 ging Deutschlands Ohnmacht aus, vom Versailles des Jahres 1871 jene schöpferische Kraft, die dem größten Zusammenbruch der deutschen Geschichte und darüber hinaus den Stürmen standhielt, die in der Nachkriegszeit am Gefüge des Reiches gerüttelt haben. Gerade in einer nationalen Notzeit wie der unsrigen ist es wertvoll, aus diesem Paradies der Erinnerungen Mut und Kraft zu schöpfen für die schweren Kämpfe, die uns noch bevorstehen.

Auch heute noch gilt es ja, Bismarcks Erbe, das Reich, das einzige, was uns unversehrt geblieben ist, zu erwerben, um es zu besitzen. Nicht daß ihm von außen akute Gefahren drohten wie in der Besetzungs- und Separatistenzeit. Aber der Gegner, von dem diese Anschläge ausgingen, hat im stillen nie darauf verzichtet, zur dauernden Entmachtung des deutschen Volkes seine Einheit zu sprengen. Erst in diesen Tagen hat ein kleiner, aber bezeichnender Zwischenfall, die Ernennung des Grafen d'Ormesson zum französischen Gesandten in München, gezeigt, daß Frankreich immer noch die Hoffnung hegt, vom deutschen Süden aus Reichsverdrossenheit verbreiten zu können. Und in der gleichen Richtung läuft die mit Eifer betriebene neue Donaupolitik Frankreichs in Mitteleuropa. Wenn auch ihr nächstes Ziel die wirtschaftliche Zusammenfassung der österreichischen Nachfolgestaaten zur Verhinderung eines deutsch-österreichischen Anschlusses ist, so schielt sie doch heimlich auch nach Süddeutschland herüber mit der Lockung: wieviel schöner könntet ihr es hier haben, unter Frankreichs Fittichen, als im krisendurchwühlten, tributgequälten Reich. Wie nach 1870 von der Revanche, so gilt nach 1918 von der Reichszertrümmerung für die französische Politik Gambettas Wort: Nie davon reden, immer daran denken!

Solche Ränke bedeuten, wie gesagt, keine dringliche Gefahr; dafür ist der Reichsgedanke viel zu tief verwurzelt in allen Deutschen, ohne Unterschied der Partei. Um so mehr aber gebietet uns die nationale Pflicht, alles zu tun, nach außen und von innen, was der Reichsidee förderlich ist, und alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Reiches schaden könnte. Darauf mit Nachdruck hinzuweisen, liegt besonders im Zusammenhang mit den innerpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Woche Anlaß vor. Denn das unerquickliche und zum Teil unwürdige Spiel, das mit der Reichspräsidentschaft getrieben wurde, war dem Reiche und seinem Ansehen in jeder Hinsicht abträglich. Vergessen wir nicht, daß sich das Ausland während der Amtszeit Hindenburgs daran gewöhnt hat, im Reichspräsidenten die Verkörperung der Reichsidee zu erblicken. Hindenburgs Heldengestalt hat ihm steigende Achtung eingeflößt, und ein Abglanz davon ist auf das Amt und damit auf das Reich gefallen. Das ist ein außenpolitisch hoch zu bewertendes Aktivum, und mit diesem Gut darf nicht so unvorsichtig umgegangen werden, wie es in der Präsidentendebatte vielfach geschehen ist. Nicht nur um der Person Hindenburgs willen, die zu schonen sich die Beteiligten ja sichtlich bemüht haben, sondern auch des Amtes wegen, das seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung über seine ursprüngliche Bedeutung weit hinausgewachsen ist und mehr denn je die Reichsautorität darstellt. Wenn man die Entwicklung der Reichspräsidentschaft seit 1919 überdenkt, dann erkennt man, welch große Wandlung damit auch innerpolitisch eingetreten ist und wie die Verfassung hier in einem ihrer wichtigsten Punkte, der Verteilung der Gewalten, geändert wurde, einfach durch die Macht der Tatsachen, nicht durch das ge-